

Initiativkreis Mediaspree versenken
Marianenplatz 2a
10997 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
Fon: 030 - 4692-141/144
Fax: 030 - 4692-166
dennis.buchner@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd-berlin.de

Berlin, 03.08.2016

Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Muschinski,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016. An der Beantwortung war die SPD Friedrichshain-Kreuzberg maßgeblich beteiligt. Insofern stellen die Antworten vor allem die Positionen der SPD im Bezirk dar.

1.) „Volksentscheid retten“

Befürworten Sie die angestrebte Verfassungsänderung des Volksbegehrens „Volksentscheid retten“?

Nein, da wir die Situationsbeschreibung der Initiative nicht teilen, die Politik versuche, politisch unliebsame Volksentscheide zu behindern oder auszuhebeln.

Die Volksentscheide haben sich in Berlin als ein gutes Instrument der politischen Teilhabe am Gesetzgebungsprozess etabliert. Die Ergebnisse von Volksentscheiden sind in Berlin den Entscheidungen des Landesparlaments gleichgestellt. Das heißt, ist ein Gesetz durch Volksentscheid angenommen, fertigt der Präsident des Abgeordnetenhauses das Gesetz unverzüglich aus.

2.) Galvanikbetrieb Otek in der Köpenicker Straße 147 in 10997 Berlin

Befürworten Sie, dass der Senat über 10 Millionen Euro dafür ausgibt, dass für einen Privatinvestor Bauhindernisse beseitigt werden?

Nein. Der Galvanikbetrieb, ein sogenannter Seveso II Betrieb, muss aus unserer Sicht umgesiedelt werden. Das ist für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wichtig, da die den Betrieb umgebenden Wohnungsbauten, Schulen und Kitas Gefahren ausgesetzt sind.

Bezirk und Senat werden bei der Findung eines Ersatzgrundstücks behilflich sein. Direkt gegenüber hat die Behala ein Grundstück, welches sie veräußern möchte. Der sich hierfür interessierende „Investor“ hat sich zurückgezogen. Es ist davon auszugehen, dass das infrage stehende Gelände an eine städtische Wohnungsbaugesellschaft veräußert wird. So lange dieser Betrieb dort besteht, darf auf dem Behala Grundstück kein Wohnungsbau entstehen.

3.) Kommunalisierung der Cuvry-Brache

Nachdem der Investor seine Pläne für die „Cuvry-Höfe“ aufgegeben hat, fordert Mediaspree versenken! die Kommunalisierung der Fläche. Der Senat sollte die Planungshoheit an den Bezirk zurückgeben. Dieser sollte einen neuen, demokratischen Planungsprozess für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung der Fläche umsetzen. Werden Sie die Kommunalisierung der Cuvry-Brache betreiben und die sozial verträgliche und ökologische Entwicklung der Fläche ermöglichen?

4.) Mediaspree Versenken! fordert die (Re-)Kommunalisierung bestimmter Grundstücke an der Spree, z.B. das hinter der East-Side Gallery gelegene Grundstück von Alon Mekel (Mühlenstraße 61-63, 10243 Berlin), Zapf-Grundstück (Köpenicker Straße 14, 10997 Berlin) und das Agromex-Grundstück (Fanny-Zobel-Straße, 12435 Berlin, Flurstück 139). Wie stehen Sie dazu?

Re-Kommunalisierung ist kein Selbstzweck. Das grüne Bezirksamt hat im „Sonderausschuss-Spreeufer für Alle“ der BVV stets betont, dass die Grundstücke nicht für kommunale Aufgaben benötigt würden. Man habe lediglich seinerzeit versucht, alle Grundstücke hinter der East Side Gallery zu erwerben, um einen durchgehenden Ufergrünstreifen zu ermöglichen. Dies war leider nicht möglich, da zwei Eigentümer nicht verkaufen wollten.

Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg hat nach dem damals erfolgreichen Bürgerbegehren ein Baumatorium für beide Seiten der Spree gefordert und für alle damals noch unbebauten Grundstücke gefordert, die Planungen zu überdenken und gegebenenfalls zu korrigieren. Dies gilt insbesondere für den Bereich südlich der Spree, wo wir für das gesamte Areal von der Schillingbrücke bis Zapf einen durchgehenden Bebauungsplan gefordert hatten, um kommunale Bedarfe erfolgreich abbilden zu können. Dann hätte der Bezirk gegebenenfalls auch von seinem kommunalen Vorkaufsrecht nach § 24 BauGB Gebrauch machen können.

5.) Erhalt öffentlichen Grundbesitzes an der Spree Mediaspree versenken! fordert, dass Grundstücke, die bisher noch in öffentlicher Hand sind, z.B. Dämmisol, (Köpenicker Straße 22-29, 10997 Berlin), Osthafen (Stralauer Allee, 10245 Berlin) unter keinen Umständen privatisiert werden. Unterstützen Sie diese Forderung?

Ja.

6.) A100 16. Bauabschnitt

Mediaspree Versenken! fordert, dass der 16. Bauabschnitt der A100 nur für Busse, Taxis, Rettungskräfte, Polizei, Fahrräder und Fussgänger freigegeben wird, damit ein Dauerstau rund um die Eisenbrücke vermieden wird. Wie stehen Sie dazu?

7.) A100 17. Bauabschnitt

Befürworten Sie, dass der 17. Bauabschnitt der A100 (Verlängerung bis zur Frankfurter Allee) gebaut wird?

Wir wollen Verkehrsteilnehmer in Berlin nicht gegeneinander ausspielen, denn zu einem umfassenden Konzept gehört auch die Weiterentwicklung der Stadtautobahn A100 bis zur Frankfurter Allee. Durch die Verlängerung wollen wir insbesondere Wohngebiete entlasten und zum innerstädtischen Lärmschutz beitragen um unsere Stadt weiterhin lebenswert zu erhalten.

8.) Veränderung des Bezirksverwaltungsgesetzes und der Berliner

Verfassung

In einem im Mai veröffentlichten IHK-Papier heißt es wörtlich: „Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen muss, begleitet von einem breiten Beteiligungsprozess, eine Gesetzesänderung vorgenommen werden. Das Bezirksverwaltungsgesetz und die Berliner Verfassung sollen generell dahingehend geändert werden, dass Bauleitpläne bereits ab dem Aufstellungsbeschluss nicht mehr Gegenstand von Volks- oder Bürgerbegehren sein können.“

Wie stehen Sie dazu, dass eine undemokratische Forderung, die eine Verschlechterung der Bürgerrechte darstellt, in das Bezirksverwaltungsgesetz und der Berliner Verfassung eingebracht werden soll, damit Bauleitpläne bereits ab dem Aufstellungsbeschluss nicht mehr Gegenstand von Volks- oder Bürgerbegehren sein können?

Wir sind weiterhin dafür, dass alle thematischen Fragen der Landespolitik Gegenstand von Volksbegehren und –initiativen werden können.

9.) Teilen Sie die Auffassung, dass die „East Side Gallery“ in Berlin-Friedrichshain entlang der ehemaligen DDR-Grenze nicht nur ein weltbekanntes Denkmal und Symbol der Teilung und Vereinigung Berlins und Deutschlands und Anziehungspunkt

für Zehntausende Besucher ist, sondern auch ein einmaliges Dokument künstlerischer Gestaltung der Aufarbeitung dieses Teiles deutscher Geschichte darstellt, das es Wert ist, auch als Einstufung als Weltkulturerbe der UNESCO vorgeschlagen und anerkannt zu werden, und welche Unterstützung würden Sie hierzu leisten in Gestalt von Bemühungen um Aufnahme in den Katalog des Weltkulturerbes?

Nein, die Mauer ist und bleibt Symbol des mörderischen Grenzregimes der DDR und der traumatischen Trennung vieler Menschen über Jahrzehnte. Eine Einstufung als Weltkulturerbe der UNESCO mutet geradezu grotesk an. Daran ändert auch nicht die künstlerisch wertvolle Gestaltung der Außenseite der Mauer etwas.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass die East-Side-Gallery in der bestehenden Form Denkmalcharakter hat und erhalten und deshalb der Stiftung Berliner Mauer übertragen werden sollte.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dennis Buchner', with a checkmark at the end.

Dennis Buchner
Landesgeschäftsführer